

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt und Kreis Merseburg

Bezugspreis: mit den Beilagen: „Hilf der Woche“ Landmanns Sonntagblatt, etc. durch die Post Mk. 2.40 ohne Bestellgeld, durch Post Mk. 2.— frei Haus monatlich. Erscheint wochentags nachmittags. Einzelnumm. 10 Hg. Sonnabends 20 Hg. Adressen: Druckerei, 4 (Dampfmühle) und Gottfriedstr. 28. — Im Falle höherer Gewalt (Streik uim.) besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückvergütung.



Anzeigenpreis: für den 8 gebildeten Millimeterraum 10 Hg., in Reklamenteil 3 gebildeten 40 Hg., für 6 Hg. und Nachbildungen 80 Hg. Auf diese Familienanzeigen ermäßigt. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Merseburg. Anzeigenchluss 10 Uhr vormittags. — Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. — Postbezugsnummer Leipzig 16664. Fernsprecher 100/101

Nr. 9

Dienstag den 12. Januar 1916

116. Jahrgang

Tageschronik.

Der Nationalkongress der französischen Sozialisten hat gestern Abend die Teilnahme an der Regierung abgelehnt.

Briand soll in der Unterredung mit dem ungarischen Botschafter in Paris die Ansicht vertreten haben, daß die Vorkonferenzen einen politischen Hintergrund hätten.

Das belgische Kabinett besprach gestern ein Arbeitsprogramm für den Ausbau der Hochwasserforschung, das jährlich 30—40 Millionen Frank erfordern würde.

Chamberlain ist in Neapel an Influenza erkrankt.

In Agram ist eine neue kroatische föderalistische Partei unter Führung von Trumbić gegründet worden.

Wie der „Asien-Ostereuropäer“ aus Moskau erfährt, steht die Ernennung Trotski anstelle Kamenevs zum Vorsitzenden des Rates für Arbeit und Verteidigung bevor.

Nach Meldungen aus japanischer Quelle hat General Tschanghōlin mitgeteilt, daß die Mandchuren ihre Selbständigkeit erklärt.

In Washington wird erklärt, daß die amerikanische Regierung mit der Absendung der letzten Note an Mexiko keinen Abbruch der diplomatischen Beziehungen beabsichtigt.

Im amerikanischen Kongress wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der fünf Millionen Dollar für den Erhaltungsbau der Ebenenbahn fordert.

Hindenburg drängt auf Entschiedenheit.

Weber die Besprechung des Reichspräsidenten mit den Führern der Demokraten und des Zentrums am Montag nachmittags wird folgender amtlicher Bericht veröffentlicht:

Der Reichspräsident empfing Montagnachmittag um 5 Uhr die Abgeordneten Lehrenbach (Ztr.) und Koch (Dem.) zu einer gemeinsamen Besprechung über die Frage der Regierungsbildung. Hierbei legte der Reichspräsident dar, daß er trotz gewisser Bedenken keine Entscheidung über die Betrauung einer bestimmten Persönlichkeit mit der Regierungsbildung ausgesagt habe, um die beiden Parteien, die auch nach dem Scheitern des Versuches des Abgeordneten Koch noch nicht alle Möglichkeiten für die Schaffung der Großen Koalition erschöpfen lassen und erneute Verhandlungen begonnene hätten, in ihren Wünschen nicht zu fügen und zunächst deren Beschlüsse abzuwarten; er müsse aber nunmehr dringlich bitten,

mit aller Beschleunigung eine endgültige Klärung

darüber herbeizuführen, ob eine indirekte Möglichkeit der Schaffung der Großen Koalition vorliege. Eine weitere Verzögerung durch Wiederaufnahme von programmatischen Erörterungen der Parteien erscheine ihm nicht vertretbar; deshalb bitte er, bis spätestens Donnerstagvormittag ihm das Ergebnis der zwischenparteilichen Verhandlungen mitzuteilen.

Die Abg. Lehrenbach und Koch antworteten übereinstimmend, daß sie den Ausführungen des Reichspräsidenten über die Dringlichkeit der Regierungsbildung beistimmen und daher alles zur Beschleunigung der Klärung Notwendige veranlassen würden. Sie stellten die Mitteilung über das Endergebnis der Verhandlungen für spätestens Donnerstagvormittag in Aussicht.

Die heutige Plenarsitzung des Reichstages.

Paris, 12. Jan. Die heutige Plenarsitzung des Reichstages, die um 3 Uhr ihren Anfang nahm, wird nur kurze Zeit dauern, da um 5 Uhr bereits die Fraktionen verhandeln wollen. Es tagen nach dem Plenum die Fraktionen der Sozialdemokraten, der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten.

Frankreichs Rheinlandpolitik.

In der „Bayrischen Staatszeitung“ wird unter der Überschrift „Frankreichs unentwegte Rheinlandpolitik“ mitgeteilt, daß vor Kurzem in Paris ein rheinischer Kongress für alle die Kreise der Anhänger der französischen Rheinlandpolitik stattfand die auch nach Locarno eine Zusammenarbeit Frankreichs nur in der Vertreibung einer, auf die Loslösung des Rheinlandes vom Reich gerichteten Politik und in der schändigen Besetzung der Rheinlande durch Frankreich garantiert sehen. Diese französischen Kreise, vor allem ihre zahlreichen Anhänger in der französischen Besatzungsarmee und in der Rheinlandkommission bis in ihre

höchsten Spitzen, stehen auf dem Sprung, im bestetzten Gebiet das System der Gewalt wieder aufzurichten, sobald die politische Konjunktur in Frankreich günstig erscheint. Das Arbeitsprogramm des rheinischen Kongresses deutet auch eine rheinische Propaganda vor, die der Wiederherstellung des bestetzten Gebietes vorantreiben will, das eine Loslösung vom Reich auch aus wirtschaftlichen Gründen für das Rheinland von großem Vorteil wäre.

Vor der Demission des Kabinetts Ramek.

Seipel der neue Ministerpräsident?

Wien, 12. Jan. Der bereits seit längerer Zeit angefühlte Minderheitscharakter des Kabinetts Ramek ist nunmehr zur Tatlage geworden. In dem gestrigen Ministerrat, der sich mit der Verteilung der parlamentarischen Arbeiten in der kommenden Woche befaßte, leitete Außenminister Ramek mit, daß er zurückzutreten beabsichtigt. Der Ministerrat nahm diese Mitteilung zur Kenntnis.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist es nicht ausgeschlossen, daß das ganze Kabinett im Laufe der nächsten Tage zurücktreten wird. Falls der bisherige Bundeskanzler Ramek die Neubildung des Kabinetts nicht mehr übernehmen sollte, so dürfte nach Auffassung parlamentarischer Kreise der ehemalige Bundeskanzler Dr. Seipel wieder in Frage kommen. Die Entsendung wird in den heutigen Beratungen der Parteienkommissionen fallen. Die Sozialdemokraten haben zu verstehen gegeben, daß sie eine neue Regierung Seipel als Kampfanzeige betrachten werden.

Falschfische Fingergel gegen einen Fürstbischof.

Jansrud, 12. Jan. Eine Rote von Falschfischen drang gestern nach und mit Reichsbeschlüssen in das Privatgemach des Fürstbischofs von Brixen ein, und forderte die Herausgabe des Schlosses Brunach, um es als Mißtatort zu verwenden. Die Zutrittung wurde nachträglich abgewiesen.

Der ungarische Botschafter bei Briand.

Scharfes Vorgehen gegen die Falschfische.

Paris, 12. Jan. Der gestern nach hier zurückgekehrte ungarische Botschafter, Baron Károlyi, wurde heute nachmittags von Briand empfangen. Nach der Unterredung erklärte der Botschafter Pressevertretern, daß die Unterredung in der Falschfischeangelegenheit nunmehr beendet sei. Aus ihr gehe hervor, daß die Vorkonferenzen darauf abgesehen hätten, den wüsten verhandlungen zwischen Károlyi und Briand wieder in den Besitz eines Vermögens zu setzen. Der Vertrag über die Falschfische und die Falschfische Angelegenheit sei fortgeschritten, für seine Sache unter Vorbehaltung geheimer politischer Ziele genommen zu haben. Seine Note sei zu anderen Zwecken als für die persönlichen Bedürfnisse der Falschfische ausgegeben worden.

„Ich bin ermahnt“, so erklärte der Botschafter, „formell zu erklären, daß die ungarische Regierung in vollem Einverständnis mit dem Regenten entschieden die Falschfische Angelegenheit mit Herbeiführung bis zu Ende durchzuführen.“

Die öffentliche Meinung in Ungarn, so fuhr er fort, sei ohne Unterschied der Partei über diese Verbrechen äußerst empört. Ebenso auch über die falschen Nachrichten, die über die Angelegenheit verbreitet worden seien.

Auf die Frage, ob es wahr sei, daß Károlyi sich zum Anwalt des Reichspräsidenten Károlyi gemacht habe, erwiderte der Botschafter, es handle sich hier um eine verkehrte Behauptung, die in keiner Weise zutreffend sei. Der Regent Károlyi habe erklärt, daß er gegen jede politische Maßnahme sei, die mit dem Bestreben der Ehre unvereinbar sei. Was die politischen Verletzungen Ungarns anlangt, so wolle das Land genau das, was es nichts durch Gewalt erreichen könne, obwohl es hoffe, daß der Zeit seine berechtigten Ansprüche erfüllt werden.

Aufgedeckte französische Güte.

Paris, 12. Jan. Die Pariser ungarische Gesandtschaft hat festgestellt, daß der vom „Paris Courier“ veröffentlichte angebliche Vertrag, den der deutsche Oberst Vayr im Jahre 1920 zwischen einem ungarisch-deutschen Konvortium und einem deutschen Druckereiarbeiter befristete Falschung von zwei Milliarden Rubel zustandegebracht haben soll, nichts anderes ist, als die im Zusammenhang mit dem Kapp-Zug von Trebitsch-Lincoln verbundene Falschung. Die Gesandtschaft ließ daher der Pariser Presse sofort ein in diesem Sinne gehaltenes Dokument zukommen.

Vor der Demarche der Kleinen

Enteile in Budapest.

Budapest, 12. Jan. Im Auswärtigen Amt hielt Ducca über die Minderheits der Kleinen, in Budapest eine Demarche zu unternehmen, Besprechungen ab. Dem Ministerrat am Dienstag, der darüber die Entscheidung bringen soll, wird mit großem Interesse entgegengesehen. Man weiß daraufhin, daß durch die Falschungen die gesamte Politik des Reiches und damit auch die kleine Entente gefährdet werde. Über die Maßnahmen, die getroffen werden

sollen, besteht noch keine Einigkeit, besonders nicht darüber, ob man sich dem Vorgehen der Franzosen angeschlossen hätte. Deshalb will man sich vorläufig darauf beschränken, in einer Note die Weiterumarmung des Schabens und strenge Bestrafung der Schuldigen zu fordern.

Der Kampf um die französischen Finanzen.

Paris, 12. Jan. Die Finanzkommission der Kammer ist gestern nachmittags zusammengetreten, um die Finanzpolitik der Regierung zu beraten. Kammer und Senat begreifen morgen ihre Plenarsitzungen. Die Wiederwahl Perrot als zum Kommissionspräsidenten wird als sicher angenommen.

Herabsetzung des Reichsbankdiskonts.

Berlin, 11. Jan. Wie die „Z.-N.“ erfährt, hat Reichsbankpräsident Dr. Schacht in der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank, die heute vormittags um 11 Uhr begann, bekannt, daß das Direktorium sich entschlossen habe, den Reichsbankdiskont von 8 auf 5 und den Lombard-Zinssatz von 11 auf 10 Prozent herabzusetzen. Außerdem wird die Beleihungsgrenze für Goldpfandbriefe von 50 auf 60 Prozent herabgesetzt.

Die umworbene Sozialdemokratie.

Das Zentrum hatte am Sonntag seine Reichstagsfraktion, die Fraktion im Preussischen Landtag und den Reichsausschuss zusammenberufen, um über die politische Lage, die, also über den weiteren Fortgang der Regierungsbildungen zu beraten. Der Reichspräsident hat endlich die Parteien etwas unter Druck gesetzt und ihnen unmissverständlich zur Kenntnis gebracht, daß es nicht mehr weiter gehen kann und daß alsbald eine endgültige Klärung der Frage der Großen Koalition erfolgen muß.

Das Zentrum hat demgemäß einen Beschluß gefaßt, in dem es die Große Koalition als die einzige Möglichkeit hinstellt, und die Sozialdemokratie in einer Weise umwirbt, wie es bisher in der Zentrumsgeschichte selbst in der Zeit des höchsten Anfalls nicht niedriger gewesen ist. Fragt sich, ob die Sozialdemokratie nunmehr den ersehnten Beifall vollziehen wird und ob dann die Volkspartei bereit ist, unter Bedingungen an einer Regierung teilzunehmen, die in keiner Weise sich mit dem Prinzipien, die sonst von der nationalen bürgerlichen Mittelpartei vertreten werden, in Übereinstimmung zu bringen sind. Als einzige sozialdemokratische Organisation hat unter der Führung Schöndemanns die Arbeiter-Bezirkskongress sich für die sozialdemokratische Beteiligung an der Regierung eingesetzt, aber auch hier hat Forderungen erhoben, die sich gegen die deutsche Volkspartei und ihre bisher verfolgte Politik richten, und die, wenn man sie etwas näher betrachtet, auch dem Zentrum ein laudables Gesicht aufdrücken können. Das gilt vor allem von der Frage der Falschfische, die gegenüber dem Zentrum seiner ganzen Tradition und der von ihm vertretenen juristischen Weltanschauung gemäß garniert anders kann, als sich an die Rechtsnorm zu halten und alle Anträge, die auf eine verfallene oder unüberwindliche Expropriation von Staatsbürgern hinauslaufen, abzulehnen.

Der sozialer Beschluß stellt ferner sozialpolitische Fragen in den Vordergrund. Das Zentrum hat in der Person des Herrn Dr. Braunens Jahre hindurch den deutschen Arbeiterminister gestellt. Die Tätigkeit dieses Arbeiterministers hat von beiden Seiten, sowohl von Unternehmern, als auch von Arbeitnehmerseite, wiederholt scharfe Kritik gefunden, jedenfalls aber war sie mehr auf die Interessen der Arbeitnehmer bedacht, als es dem Interesse der deutschen Produktion und der Erhaltung der deutschen Wirtschaftskraft zu ganz angemessen erscheint. Wir stehen mitten in einer schweren Wirtschaftskrise, und neben dem Damenspakt, dem Auslandsdampfung und der übermäßigen Steuerabzapping hat die deutsche Wirtschaft ganz besonders unter einer übergeleiteten sozialpolitischen Belastung zu leiden. Was verpricht sich nun das Zentrum und was soll sich nun erst recht die deutsche Volkspartei davon versprechen, wenn von allen unbefriedigten Forderungen der Sozialdemokratie diese Forderung einer sozialistischen Sozialpolitik als roter de bronze stabilisiert wird? Es ist doch wirklich entlich an dem, daß man bei der ganzen Krise, bei dem parteipolitischen Stauhandel nicht so gänzlich vergißt, daß unsere Wirtschaftslage einfach keine weiteren katastrophalen Experimente mehr erlaubt. Je mehr aber die Sozialdemokratie umworben wird — selbst wenn es geschehen sollte, um ihr endgültig und unzweifelhaft die Verantwortung für das Nichtzustandekommen der Großen Koalition zuzuschreiben — um so mehr schwindet ihr der Stamm, um so hemmungsloser wird sie in ihren wirtschaftsschädigenden Forderungen werden und dies auch, sei es nun, daß sie in der Regierung ist oder sei es, daß sie in der Opposition zu ihr steht, um so demagogischer in ihrer Agitation verenden.

Der neue Gesetzesentwurf über den Preisabbau.

Dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat ist nunmehr der Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Preisabbaus vorgelegt worden. In der Begründung wird u. a. ausgeführt, daß die Steigerung der lebenswichtigen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den heimischen und ausländischen Märkten erfordert werden müsse, daß dieser Erfolg jedoch von dem Grade abhängig sein werde, in dem es gelinge,

die Warenpreise und Lebenshaltungskosten zu senken. Der Gesetzesentwurf habe deshalb zum Ziele, die Sicherheit des Wirtschaftsverkehrs zu fördern, und der Befriedigung entgegenstehende Hemmnisse, in erster Linie durch Herstellung des freien Marktes, beseitigen zu lassen.

Der Gesetzesentwurf selbst zerfällt in vier Abschnitte: Vorschriften zur Anwendung des Kartellgesetzes, Maßnahmen gegen Ringbildung, Abänderung der Kartellverordnung und Abänderung der Gewerbeordnung. Was die

Maßnahmen gegen die Ringbildung anbetrifft, so sollen sie dem Zwecke dienen, bei Vergabung von öffentlichen Aufträgen die freie Konkurrenz in vollem Umfang wieder zur Geltung zu bringen. Neben an öffentlichen Ausschreibungen für Wettbewerber, die an öffentlichen Ausschreibungen öffentlicher oder privater Stellen handelt, ist künftig verpflichtet, in seinem Angebot anzugeben, welche Verbindungen er mit Dritten über die von ihm abgegebene Preise und Bedingungen für dieses bestimmte Angebot getroffen hat, oder ob er etwa Mitglied eines Kartells, das grundsätzlich für seine Mitglieder den Wettbewerb geregelt hat, einer Verbindung bei der Abgabe eines Angebotes unterliegt.

Unter „Verbindungen“ ist nicht nur eine mündliche oder schriftliche Vereinbarung zu verstehen, sondern auch ein solches Verhalten in bestimmten Einvernehmen zu handeln. Es wird ein geleglicher Umgang zur Festlegung der Wettbewerber gegenseitig. Unrichtige Angaben dem Aufschreiben gegenüber werden (Paragraf 2) ebenso unter Strafe gestellt, wie Verheimlichung der Angelegenheit. Über einen öffentlichen Ausschreibung an Ausschreibungsstellen oder ihn veranlaßt, anzunehmende öffentliche oder ein unangenehmes Angebot zu stellen (Paragraf 3) wird mit Gefängnis bestraft. Es soll hierdurch einem Zweck entgegengetrieben werden, der die Zahl der Anbieter künstlich vermindert oder Wettbewerber zur Abgabe von Scheingeboten veranlaßt. Im Falle der Abgabe von Scheingeboten sind Verbote nicht verboten. Sie müssen jedoch angegeben werden. (Diese Bestimmungen am ersten Teil planen eine Zwangsmaßnahme, die in Wirklichkeit unmöglich durchzuführen ist. D. Red.)

Ueber die Abänderung der Kartellverordnung

fast der Gesetzesentwurf, daß die Bestimmungen der Kartellverordnung (Kartellgesetz) im wesentlichen finden, deren Abänderung in gesetzlichen Bestimmungen angeordnet ist. Soweit die Bestimmungen über die Kartellverordnung und die Bestimmungen über die Kartellverordnung sind, sind die Bestimmungen über die Kartellverordnung angeordnet oder genehmigt sind oder deren Beauftragung unterliegen, den Bestimmungen der Kartellverordnung nicht unterworfen.

Der wichtigste Abschnitt des Gesetzesentwurfes ist jedoch der über die

Abänderung der Gewerbeordnung.

Sie trifft ebenso, wie die Maßnahmen gegen die Ringbildung, die Handwerker und selbständigen Gewerbetreibenden. Die Regierung will alle Wirtschaftskreise unter Berücksichtigung der verschiedenen Verhältnisse des Reichs und Landesbehörden soll das Recht gegeben werden, es zu tun, die Gewerbe und Innungsverbände zu untersagen, Preise, Arten der Preisfestsetzung und der Preisermittlung, sowie Gebührensatzungen festzusetzen, zu empfehlen oder zu verbieten. Im Falle der Innungsverbände sind in gewissen Fällen nur Erdnüsse zu treffen gegen ihre Mitglieder verhängen dürfen, wenn es sich um unzulässige Preisunterbietung handelt. (!)

Für die Festsetzung des Vorpreises wird vorgeschlagen, zur möglichst richtigen Nachprüfung durch die Verbraucherämter eine bestimmte Anzahl von Sachverständigen auf dem Brot selbst durch Stempel vorzuschieben. Den zuständigen Landesbehörden sind entsprechende Einrichtungen zuzubilligen.

Ueber eine Million Erwerbslose.

Im Reichstagsausgang für soziale Angelegenheiten gab am Montag der Reichstagspräsident die folgenden Tabellen über die unterrichteten Erwerbslosen im Deutschen Reich eine Darstellung der gegenwärtigen Erwerbslosenziffern. Am 15. Dezember 1925 zählte man im Deutschen Reich insgesamt

1.077.031 Hauptunterstützungsempfänger gegenüber 677.815 am 1. Dezember 1925. Seitdem hat sich die Arbeitslosigkeit noch vermehrt. Im 1000 Einwohner entfallen 17,9 Hauptunterstützungsempfänger, während 15 Tage vorher die Zahl sich auf 11,4 belief. Im November 1925 erforderte die Erwerbslosenunterstützung im Deutschen Reich insgesamt 24.521.785 RM. an Ausgaben.

In der Ausprägung wurden die jährlich vorliegenden Anträge erweitert, die den Bestimmungen der Unterbringung der Erwerbslosen in ausreichender Weise der gegenwärtigen Lage der Erwerbslosen entsprechend zu erhöhen, den kurzfristigen eine entsprechende Unterbringung zu gewähren, die Unterbringungsbauer weiter zu verlängern und gelegliche Grundlagen zu schaffen zur Unterbringung von Erwerbslosen und älteren Angehörigen.

Endgültige Beschlässe konnten in dieser Hinsicht noch nicht gefaßt werden, da die geschäftsführende Liebering-Regierung nicht die Verantwortung für so weitgehende finanzielle Maßnahmen zu tragen in der Lage ist.

Eine Erklärung Dr. Eberlings.

Die Vertretung des Herzogs von Altenburg niedergelegt. Reichstagsabgeordneter Dr. Friedrich Eberling überhandte der Z. l. folgende Erklärung:

„Die Reichsausschreibung, aus der heraus ich der geplanten Veranbarung der hiesigen Häuser und den damit verbundenen Bruch der Heimatsverwaltung, ist in dem Ausschuss nicht ohne Anfechtung, habe ich im Jahre 1920, als ich hier Jahren vor Übernahme einer amtsärztlichen Vertretung des herzoglichen Hauses Sachsen-Altenburg, die wiederum meiner Aufstellung für den Reichstag um Monate vorausging, bei jedem Anlaß öffentlich verurteilt. Obwohl danach ein Interzessionskonflikt für mich nicht in Frage kommt, habe ich, ohne Anrechnung von irgendeiner Seite, nachdem wieder die deutschen nationalen Mitglieder des Reichsausschusses mich einmündig gebeten haben, an den Ausschussberatungen weiterhin teilzunehmen, um den gegen mich injizierten Hege, die sich in Wahrheit gegen mich richtet, und meine Reichswahl aufzuklären, auch jeden Schritt eines Anlaßes zu verhindern, heute die Vertretung des Herzogs von Altenburg niedergelegt.“

Der türkische Außenminister vor der Kammer.

Am 11. Jan. Tenif Ruchid Bey gab in seiner Rede in der Kammer Bericht über die Entschlossenheit der Justizreformfrage, worin er die unangenehme Lage Englands seit der Konstantinopeler Konferenz hervorhob. Er besprach dann die Schlußfolgerungen des Komitees und erklärte, es sei seine Pflicht, die Konvention, die durch seine, die Vertretung des Rat für 25 Jahre zu einer Mandatsverwaltung zu verurteilen, um das unfruchtbare Gebiet von der Türkei abzutrennen, der modernen Auffassung von Menschlichkeit widerstrebe. In den Sitzungen des Völkerbundes, fuhr der Minister fort, legte ich mir darüber Rechenschaft ab, daß die Bemühungen Englands darauf gerichtet waren, uns vor eine vollendete Tatsache in verkehrter Form zur Annahme von Entscheidungen zu bewegen, die wir in Kaufman abgelehnt haben. Wir forderten wiederholt im September eine Vermittlung des Völkerbundes vor jeder Entscheidung. Trotz unserer genügenden juristischen Argumente hat der Völkerbund das Gutachten des Haager

Die erste Stadtverordnetenversammlung im neuen Jahre Wiederwahl des Vorstandes. - Kreishaushalte. - Keine erhöhten Steuern!

Mit herzlichen Worten leitete unser langjähriger Stadtverordnetenvorsteher Junker gestern abend ein neues Sitzungsjahr der Stadträte ein. Hoffen wir, daß seine wohlgemeinten Wünsche in Erfüllung gehen. Die lachliche Zusammenarbeit aller Fraktionen gab bisher alle Voraussetzungen dazu. Der alte Vorstand ist in seiner Gesamtheit wieder gewählt — auch ein Zeichen für das Vertrauen der Stadtverordneten in die hiesig gerade und ruhige Amtsführung des Herrn Junker. Die Sozialdemokraten stimmen allerdings für Herrn Koenen, der es auch diesmal wieder für nötig gehalten hatte, für die „größte Fraktion“ den Vorkeuseposten in Anspruch zu nehmen.

„Zerst aus der gestrigen Sitzung nicht viel heraus. Man beschäftigte sich lang und breit mit der Kreishaushalts-Affäre, ohne jedoch mehr zu können — als die Sache zur Kenntnis zu nehmen. Die übrigen Vorträge hatten weniger Bedeutung. Zu erwähnen wäre noch die Mitteilung des Oberbürgermeisters, daß die Steuern nicht erhöht zu werden brauchen, wenigstens aller Wahrscheinlichkeit nach. Hoffen wir das beste!“

Zum Schluß brachte die äußerste Linke noch einige Anfragen über die Erwerbslosigkeit ein, die aber unter dem Tisch fielen, da einer der zuständigen Departementen nicht mehr antworten war und außerdem die Anfragen zu spät einliefen. Also war es wieder einmal nichts mit den Propagandareden.

Vorsteher Junker eröffnete die Sitzung der Stadtverordneten kurz nach 6 Uhr. Es sind sämtliche Mitglieder der Versammlung anwesend. Der Magistratsrat ist vollständig besetzt. Die Jubelstimmung ist zu beachtlich.

Der Vorsteher begrüßte zunächst das Kollegium zum neuen Jahre und gab in der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Jahr für die kommunale Wirtschaft unserer Stadt erfolgreich sein möge.

Es wird dann zur

Wahl des Vorstandes

gegriffen. Stadtv. Schwaneer (Dnt.) schlägt die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes vor, dem er warme Worte der Anerkennung widmet. Im Namen der Kommunisten spricht Stadtv. Koenen, der einen für seine Fraktion als die größte des Hauses den Vorkeuseposten in Anspruch. Er schlägt den Stadtv. Koenen (Komm.) vor.

Es erfolgt namentliche Abstimmung, bei der Junker 17 und Koenen 12 Stimmen erhält, ein Zettel bleibt unbeschrieben. Damit ist der bisherige Vorsteher Junker (Komm.) für das Jahr 1926 wiedergewählt. Zum Stellvertreter wird nach Vorschlag des Stadtv. Schwaneer (Dnt.) der bisherige Vorsteher dieses Hauses Stadtv. Daniel (Zog.) mit 27 Stimmen wiedergewählt, eine Stimme wird für den Stadtv. Hirschfeld (Zog.) abgegeben, eine ist ungenügend und ein Wahzettel unbeschrieben.

Zum Schriftführer wird ebenfalls Vizebürgermeister Gehmann und sein Stellvertreter Stadtv. Brenner (Dnt.) wiedergewählt.

Die Wahlkommission, Haushaltskommission und Rechnungsprüfungskommission werden mit einer kleinen Änderung in der Haushaltskommission wiedergewählt. Ein Antrag des Stadtv. Hirschfeld (Zog.), die Wahlkommission neu zu wählen, wird nicht angenommen.

Die Wahl der übrigen Kommissionen, die auf zwei Jahre gewählt sind, und eigentlich in diesem Jahre erfolgen müßte, wird zurückgestellt, da in letzter Zeit schon an sich viele Veränderungen eingetreten sind. Ihre Wahlperiode wird auf zwei Jahre verlängert.

Nach Erledigung der Wahlen gibt Vorsteher Junker noch einige Mitteilungen über die Stellungnahme des Magistrats zu dem geplanten Zubehörfabrikationshaus. Seine Ausführungen deuten sich mit denen von uns bereits ausführlich mitgeteilten Darlegungen des Magistrats. Oberbürgermeister Herzog nahm dann in sehr eingehender Weise Stellung zu dem bekannten

Konflikt zwischen Stadt- und Landkreis Merzbach

wegen des Neubaus des Kreishauses. Der Oberbürgermeister hat nochmals die Stellungnahme der Stadt wieder, die wir gestern in einem früheren Artikel ausführlich darstellten. Er betonte zum Schluß noch einmal, daß die Stadt immer diejenige gewesen sei, die Entgegenkommen gezeigt habe, die die Gebende war, während der Kreis nur empfangen habe. Die Stadt habe alles getan, um dem Kreis zu helfen. Allerdings habe sich die Stadt natürlich gelaut, daß ihre Interessen in mancher Hinsicht mit denen des Kreises zusammenlaufe. Die Angriffe, die im Kreisstag gegen die Stadt gerichtet worden seien, wären auch in jeder Hinsicht unbegründet. Die Schritte des Kreises seien in dieser Angelegenheit stets von einer gewissen Schärfe und einem Unverstand des Völkerbundes begleitet gewesen. fähig darstellten. Er betonte zum Schluß noch einmal, daß die Stadt immer diejenige gewesen sei, die Entgegenkommen gezeigt habe, die die Gebende war, während der Kreis nur empfangen habe. Die Stadt habe alles getan, um dem Kreis zu helfen. Allerdings habe sich die Stadt natürlich gelaut, daß ihre Interessen in mancher Hinsicht mit denen des Kreises zusammenlaufe. Die Angriffe, die im Kreisstag gegen die Stadt gerichtet worden seien, wären auch in jeder Hinsicht unbegründet. Die Schritte des Kreises seien in dieser Angelegenheit stets von einer gewissen Schärfe und einem Unverstand des Völkerbundes begleitet gewesen.

Im Anschluß an die längere Rede des Oberbürgermeisters nimmt Stadtv. Hirschfeld (Zog.) das Wort. In der Frage des Zubehörfabrikationshauses behauptet er, die Einrichtungen des hiesigen Krankenhauses seien nicht geeignet, um Schwerkranken Pflege zu gewähren. Das Krankenhaus sei jetzt schon schwer besetzt und man habe schon öfter Schwierigkeiten gehabt.

Zu der Frage des Kreisbaueshausens tritt der Redner in scharfer Opposition zu den Ausführungen des Oberbürgermeisters und gibt diesem die Schuld an dem entstandenen Konflikt. Es seien hier fünfzig Schwierigkeiten geschaffen worden. Der Kreislag habe ganz recht, wenn er sich so äußere gegen die Stadt. Man könne nicht verlangen, daß der Kreislag unbedingt einen Entwurf des Stadtbaurats

Entwurf des Stadtbaurats angenommen. Ich muß betonen, daß unsere tatsächlichen Evidenz und unsere verantwortliche Haltung gebührend gewesen sind. Es ist uns kein Vorwurf gemacht worden, daß wir die Bestimmung im hiesigen Statute des Kreises beizubehalten ließen. Ich will mich darauf beschränken, hinzuwirken, daß nach den Zwischenfällen, die sich seit der hiesigen Konferenz ereignet haben, diese Frage eine weit größere Bedeutung angenommen hat.

Zusammenkunft des Kreisrates.

Der Kreisrat des Reichstages wird zur Entscheidung über die nächsten Dispositionen für die nächsten Winterarbeiten am Mittwochvormittag zusammenzutreten. Der auswärtige Ausschuss des Reichstages, der gleichzeitig zu Mittwochvormittag zu einer Sitzung einberufen ist, wird die in der letzten Sitzung nicht mehr zur Verhandlung gekommenen Beschlüsse, den Fall Strahl-Sauer sowie die Auswählungen der Uecker-Verträge behandeln.

entnomme. Man dürfe auch dabei nicht darüber nachdenken, wenn andere Gemeinden das Kreishaus bauen wollen. Wenn man würde Merzbach bereits in einem Jahreszeit überflügelt haben. Deshalb möge die Stadt nun größtes Entgegenkommen zeigen.

Oberbürgermeister Herzog tritt diesen Ausführungen entgegen und stellt fest, daß die Stadt bereits großes Entgegenkommen gezeigt habe, der Kreis solle nur seine Pflichten gegenüber der Stadt innehalten, die Stadtmauer und die Grundstücke von Kreis und Gauen seien durch die Entscheidung des Kreisrates geschützt. Der Oberbürgermeister stellt dann verschiedene Kritiker des Stadtv. Hirschfeld

Stadtv. Gehmann (Zog.) (Dnt.) meint, daß, wenn diese ganze Angelegenheit in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache komme, es auch Pflicht der Beschlüsse, die dem Magistrat für seine Mitteilung zu danken, die bereits in kurzer Zeit nach jenem eigentümlichen Beschluß des Kreisrates in die Hände der Stadtverordneten gelangt sei. Der Redner legte dann noch einmal die ganze Sachlage vom rechtlichen Standpunkte aus dar und findet es unerhört, daß der Kreis verlange, daß sein Magistrat von einem Beiräte verachtet werden sollte. Stadtv. Schwaneer nimmt endlich den Ausführungen des Oberbürgermeisters bei. Die Grundstücke von Kreis und Gauen seien durch die Entscheidung des Kreisrates geschützt. Man müsse unbedingt gegen diese Haltung protestieren. (Zustimmung rechts.)

Stadtv. Koenen spricht im Namen seiner Fraktion sein Entgegenkommen darüber aus, daß es überhaupt so weit gekommen sei. Kreisrat und Magistrat müßten sich einig verstehen. Der Redner verteidigt dann wieder ins politische Rednerwort, redet vom trüglichen Merzbacher Schicksal und beizubehalten Bürgerrechten und Privatgut hochhaltend für die Erhaltung der alten Stadtmauer aus, damit ein Ansehen an den nachgelassenen Zustand erhalten bleibe. Im übrigen ist der Redner nicht imstande, irgendwelche positiven Vorschläge zu machen.

Nach einer kurzen Erwiderung des Oberbürgermeisters nimmt noch einmal Stadtv. Schwaneer (Dnt.) das Wort und empfiehlt, die Sache durch Kenntnisnahme sich erledigen zu lassen. Es ist natürlich, wenn der Kreis einmal einher, daß er überreicht behandelt habe.

Oberbürgermeister Herzog macht dann noch einige

Mitteilungen über die häusliche Finanzlage

an Hand einer jetzt aufgestellten Zwischenbilanz, die natürlich bei den jetzigen Zeitverhältnissen außerordentlich unübersichtlich sein muß. Das Bild stellt sich danach so, daß durch Abschreibung des Kreishaushalts und durch Erhöhung der Aufwandskosten bei der Aufhebung des Kreis- und Bauverwaltung Mehrausgaben von rund 27.000 Mark entstanden sind. Demgegenüber würde eine Mehreinnahme von 37.000 Mark stehen. Der Oberbürgermeister legt aber große Beschränkungen an, ob diese Einnahme sich so gestalten werden. Zahlreichen stehen noch einige Verbesserungen zur Verfügung, durch die Ausgleich geschaffen werden kann.

Der Oberbürgermeister sagt seinen finanziellen Überblick über die ersten drei Viertel des Rechnungsjahres dahingehend zusammen, daß selbst, wenn die Steuererträge nicht in dem erwarteten Umfang eingingen würden, doch erwartet werden kann, daß man nicht mit einem Defizit rechnen wird, auch mit seinem Unterhalt heraufgehoben und doch in Folge dessen ohne Steuererhöhung durchkommen kann.

Im Anschluß an diese Mitteilung kommt der Stadtv. Dr. Fahl (Dnt.) auf den Haushaltsplan 1926 zu sprechen, der in diesen Tagen der neue Etat ausgearbeitet wird. Er gibt dem hiesigen Ansehen Ausdruck, daß man möglichst hartnäckig dabei vorgehen möge, und vor allem bei den Aufwandsposten, der außerordentlichen Rechnung und der Bauverwaltung Einrichtungen vornehmen möge. Es seien in den letzten Jahren viel zu viel Steuern erhoben worden. Die Gesamtausgaben müßten im nächsten Jahre gegenüber dem im letzten 70 Prozent gekürzt werden. Der Redner schlägt vor, in der nächsten Sitzung einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Der Oberbürgermeister bittet, den Haushaltsplan abzuwarten. Man dürfe nicht laufende Ausgaben durch Anleihen decken.

Nachdem nunmehr alle Mitteilungen gemacht sind, tritt das Haus in die Beratung der eigentlichen Tagesordnung ein. Stadtv. Bohrenge (Dnt.) berichtet über die Anträge des Magistrats zu

Bewilligung von Mitteln für die Fortveranbarung, für die Durchführung des Stadtparkes usw. Er bittet, der Vorlage zuzustimmen. Die Beschlüsse stimmen darauf dem Magistratsantrag ohne Ausprägung zu.

Der Stadtv. Hirschfeld (Zog.) schlägt die Beschlüsse zu, die sich auf die Beschlüsse der Sitzung, über die neuen Häuser im Sandeubrunn, über die Stadtverordnetenversammlung (Komm.) bezieht. Stadtv. Krüger (Zog.) erklärt über die Vorlage wegen

Erneuerung der Feuerschutzversicherung im Alten Rathaus

berichtet und bittet nach einer Erklärung über seinen Irrtum in der vorigen Sitzung, in der bekanntlich die Vorlage abgelehnt wurde, dem Antrage zuzustimmen. Er bedauere nur, daß man nicht schon früher an eine Erneuerung gedacht habe.

In der Aussprache gibt Stadtbaurat Jollinger einige ergänzende Erklärungen. Stadtv. Brenner (Dnt.) stellt fest, daß die Leitung sich tatsächlich in schlechtem Zustande befindet, wie das auch richtig auf dem „Blick des Hauses“ ausgeführt wurde. Gemeiner (Dnt.)

Nach einem kurzen Entzug zwischen dem Stadtv. Krüger (Zog.) und Freiburger (Dnt.), in dem wieder einmal der bekannte „italienische Saal“ eine Rolle spielt, wird die Beschlüsse angenommen.

Beschneidung zur Benutzung des Krankenhauses

erläßt Stadtv. Henneberg (Komm.) Bericht. Der De-

Letzte Depeschen

Eigene Radiomeldungen.

Französische Schadenersatzklage gegen Windstichgräß.

Brüssel, 12. Jan. Der Präsident der Staatsanwaltschaft empfing gestern abend die Pressekorrespondenten und erklärte ihnen u. a., infolge des Umfanges des Materials könne er seine Anträge erst am Mittwoch dem Untersuchungsrichter unterbreiten. Er fügte hinzu, der Bevollmächtigte der Bank de France habe sich angemeldet, die Bank beabsichtige im Zusammenhang mit der Fälligkeit der Forderungen privatrechtlicher Natur an den Prinzen Windstichgräß zu stellen.

Drohender Abbruch der amerikanisch-mexikanischen Beziehungen.

Washington, 12. Jan. Der Banditenüberfall auf den Eisenbahnhalt Guadaluajara, Mexiko, bei dem auch ein amerikanischer Staatsbürger getötet wurde, hat die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko auf das höchste gesteigert. Präsident Coolidge verhandelte gestern mit dem Außenminister Kellogg längere Zeit über die Maßnahmen, die Amerika gegebenenfalls ergreifen. Nach dem Bericht der Nachrichtenagentur Reuter ist die Regierung des Präsidenten Calles freundschaftlich und nicht an guten Beziehungen zur Washingtoner Regierung interessiert.

Neue Schwierigkeiten in China.

Zu Szechuan und Wupien.

London, 12. Jan. Wupien sieht gegenwärtig im Mittelpunkt der kommenden Einwirkung der politischen Verhältnisse in China. Er soll von verschiedenen Seiten angegriffen worden sein, die Regierungsbildung zu übernehmen, das ihm jetzt leicht sei, die Gewalt über das ganze Land an sich zu reißen.

In englischen Kreisen glaubt man, daß er die Initiative ergreifen und eine Vereinigung der bisher feindlichen Armeen herbeiführen werde. In japanischen Kreisen glaubt man, daß bei der neuen Zuspitzung der Verhältnisse die Aussicht für den militärischen Erfolg der japanischen Expeditionen besonders günstig ist.

Geiziger Produktpreise vom 12. Januar.

Weizen 234-244, Roggen 152-162, Sommergerste 200 bis 225, Wintergerste 178-194, Hafer 170-190, Mais 210 bis 218, Haaps 220-340, Erbsen 220-295. Alles ruhig.

erhöhter wünsch eine Erweiterung dahin, daß die Gebühren für das Stadtgebiet auch auf die Orte Kößlitz und Beuna ausgedehnt werden.

Stadttrat Trumppler hat die vorgeschlagenen Beschlüsse und stellt einen Vermerk des Berichterstatters in Bezug auf die Kosten des Personals richtig. Nachdem in der Aussprache noch die Stadttr. Vajenge (Dem.), Senneberg (Komm.) und Vohrenge (Nul) das Wort ergrißen haben, wird in der Abstimmung die Vorlage angenommen.

Die Einbringung einer Waffensammlung am Gymnasium wird vom Berichterstatter Stadtr. Vajenge (Dem.) empfohlen. In der Aussprache wendet sich Stadtr. Koenen (Komm.) gegen die Vorlage. Bürgermeister Dr. Wolfbach tritt für den Maßnahmenschritt ein. Es ist jetzt möglich, die betreffende Stelle mit einem Oberkassier in Oberklasse 9 zu besetzen.

Stadtr. Koenen (Zog.) erwähnt bei dieser Gelegenheit die schlechte Besoldung der Hausmeister, und tritt dafür ein, daß diese hauptsächlich angeheilt werden.

Bürgermeister Wolfbach teilt mit, daß dieser Wunsch bereits erfüllt sei. Im April ab werden die Hausmeister hauptsächlich in den Pensionen gestellt. Der Antrag auf Veränderung der Berufsklassifizierung als Waffensammler am Gymnasium wird darauf angenommen. Die Tagesordnung ist erledigt. Es kommt noch eine Anfrage der Kommunisten zur Sprache, deren Sprecher, Stadtr. Wolfbach einen Unterfunktionsraum für die Notstandsarbeiter am Gymnasium fordert und anfragt, wie der Magistrat die schließlichen Arbeitslosen zu beschäftigen gedenkt und was vorgehen ist, um die Notstandsarbeiter in ihrem Beruf zu beschäftigen.

Der Oberbürgermeister bemerkt hierzu, daß er keine genaue Auskunft geben könne, da solche Anfragen mindestens drei Tage vorher eingereicht werden müssen. Nach einer kleineren Anfrage des Stadtr. Koenen (Zog.) über die Finken der städtischen Sparkasse, die Bürgermeister Dr. Wolfbach beantwortet, kommt Stadtr. Koenen (Komm.) noch einmal auf die Anfrage seiner Genossen zu sprechen. Er erhält von Stadtr. Dr. Trumppler Auskunft in wohlwollendem Geiste. Um 9 Uhr schließt der Vorsteher die Sitzung. Das Gaus tritt in die geheime Beratung ein.

Einberufung des Provinziallandtages.

Das Preussische Staatsministerium hat, wie amtlich mitgeteilt wird, den Sonntag der Provinz Sachsen zum 28. Januar d. J., vormittags 11 Uhr nach Merseburg einberufen. Dieser außerordentlichen Tagung sollen vom Provinziallandtag die Finanz- und Unterrichtsangelegenheiten, die Beratung über den Haushaltsplan und in der ordentlichen für Mitte März in Aussicht genommenen Tagung stattfinden.

Personalanfragen der Regierung. Die Regierungs-Bezirksräte Böcker und Schrödl wurden zu Regierungs-Bezirksräten ernannt.

Die Eröffnung der Wanderversammlung für Sachsen-Anhalt am Donnerstag den 14. Januar 1923, vormittags 10 Uhr im „Schloßparkrestaurant“ hat. Die Ausstellung ist geöffnet am 14. bis 16. Januar von 8-11 Uhr vormittags und 2-8 Uhr nachmittags, am 17. Januar von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Der Eintrittspreis beträgt für Kinder 10 Pf., für Jugendliche 20 Pf., für Erwachsene 30 Pf.

Man wurde gefasst. In der Nacht vom 9. zum 10. Januar wurde ein Einbruch in den Taubenschloß des Bauherrn Wilhelm M., wohnhaft Raumgasse 20, verübt. Unbekannte Diebe durchdrangen die ca. 2 Uhr morgens eingang über den Dachstuhl des Grundstücks und stahlen neben Waffensachen, die im Keller lagen, ein 200 Mark. Die Tauben sind durch Mangel gefangen.

Sporföhrerfrage nach St. Andreasberg. Wie aus dem heutigen Amtsgericht hervorgeht, veranlaßt die Reichsbahn am nächsten Sonnabend eine Sonderfahrt nach St. Andreasberg mit Rückkehr am Sonntagabend. Der Fahrkartenverkauf beginnt morgen.

Die chemischen Werke in Andreasberg. Wie alljährlich, so fanden sich auch am vergangen Sonntag einige Komaden des hiesigen Vereins ab. Wie mit Namen im Andreasberg ein um den Jula für des selben einen Besuch abzustatten. Während den alten Zeiten in dem unteren Aufstiebsraum Kasse und Kassen gerückt wurde, nahm im geräumigen Saal des Hauses die Gesangsabteilung der 3er Aufführung und brachte eine Anzahl Lieder zu Gehör. Die Freunde über den Jula sangen, sprachen und sangen geordneten Besuch vorzüglich und piegelte sich in den Mienen der alten Leute wieder. Der Dank wurde auch durch den Mund eines der ältesten, aber noch geistig tüchtigen Freizeits beschäftigt. Wäre die von ihm ausgesprochene Bitte, dem Heim der einen derartigen Nachmittage zu bereiten, in Erfüllung gehen.

Zur Klarstellung. Von dem Verfasser des Stadtweises werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß das in dem gestern veröffentlichten „Eingeladung“ gerügte öffentliche Vergernis nicht für seine Vorarbeiten zutrifft.

Strenges Frostwetter. Für die nächsten Tage kündigt unser Wetterdienst Frostwetter an, das in Nordwestdeutschland mäßiger, im übrigen Reich aber ziemlich streng werden dürfte. Sonst ist die Witterung im allgemeinen froh und trocken.

Verammlung der Ostmärker.

Der Deutsche Ostbund, Ortsgruppe Merseburg, hatte seine Mitglieder gestern abend im „Gaius“ versammelt. Der zweite Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Studentent Dreikner, begrüßte die Erschienenen und erzielte sodann dem Redner des Abends, Aufsichtsratsmitglied Hermann Halle, Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen-Anhalt des Ostbundes, das Wort. Der Redner sprach über „Tagesfragen in Polen“. Dabei ging er zunächst von der Entstehung des heutigen Staates Polen aus. Am 5. November 1918 proklamierte Generaloberst v. Bielecki in Warschau das Königreich Polen, nachdem längere Verhandlungen zwischen v. Bielecki, dem damaligen Reichspräsidenten Ebert, dem damaligen Reichskanzler Brüning, dem polnischen Hofmarschall und andere Vertreter der polnischen Intelligenz zugegen, die aber bei der Proklamierung ein einziges Schwertchen demarshierten. Das war die erste Enttäuschung für Deutschland. Die zweite Enttäuschung haben wir jetzt erlebt, als eben ein ganz gutes Verständnis hergestellt, desgleichen auch mit der Hochscholamater und Rumänien. — In der Innenpolitik liegt es dafür aber auch recht trübe aus. Vier große Fragen beschäftigen jetzt die Innenpolitik: Die Auseinandersetzung zwischen den zwei Mi-

Der estnische Außenminister in Prag.

Prag, 12. Jan. Gestern meldte der estnische Außenminister in Prag und hatete Dr. Beneš einen Besuch ab. Wie verlautet, ist die Zusammenkunft mit den Berichten Dr. Beneš's, die keine Entente auf Polen und die Handelsstaaten auszubringen, in Verbindung zu bringen. Abends reiste der Außenminister über Berlin nach Moskau ab.

Neutralitätsvertrag zwischen Rußland und Polen.

Wien, 12. Jan. Wie die offiziellen „Polnischen Nachrichten“ aus Warschau melden, hat zwischen Polen und Rußland ein unveränderlicher Meinungsaustrausch über den Abschluß eines Garantievertrages zwischen dem Kaiser des russischen Reiches und dem Kaiser von Rußland die polnische wie die russische Regierung haben Erklärungen der grundsätzlichen Vereinwilligkeit zum Abschluß eines solchen Abkommens gegeben.

Interpartei, die Auseinandersetzung mit Religion und Kultur, die Minderheitenfrage und die Wirtschaftspolitik. Diese Wirtschaftspolitik liegt an der offensichtlichsten Verflechtung der öffentlichen Güter. Es steht fest, daß im Jahre 1919 eine Milliarde Reichsmark geblieben worden sind. — Das kleine Polens besitzt 5 Kriegsschiffe, 6 U-Boote und 150000 Seefoldaten. Allerdings wird und muß in Meer und Wasserumwelt abgebaut werden. Polen hat jetzt in Amerika eine Anzahl von 100 Millionen Reichsmark in Aussicht, aber unter der bedingten Bedingung, daß es unter amerikanische Finanzkontrolle kommt. Infolge dieser wirtschaftlichen Notlage ist auch die Arbeitslosigkeit größer als in Deutschland, wobei man bedenken muß, daß Arbeitslosenunterstützungen nicht in ganz geringem Maße nur an Beherzelter gezahlt werden.

Selbst kann sich Polen nicht helfen: wenn nicht bald Hilfe von auswärts kommt, sieht Polen vor dem Untergang. Die Minderheitenfrage ist in Polen ganz wesentlich. Die Minderheiten haben ihre Vertretung in dem Zentralrat der Minderheitenvereine in Genuß, Deutsches Wien wird unterstützt, aber umso mehr, desto mehr es immer ist glänzender, desgleichen die deutsche Presse, deren Schriftleiter oft wochenlang ins Gefängnis wandern, denn eine jüdische Kritik bringt schon in Polen mehr eine Anklage ein. Der Gemeindeführer der Deutschen in Polen ist außerdem ebenfalls hart entsetzt. Es gibt nur eine deutsche Partei im Senat, den „Deutschen Club“, wenn auch manche verschiedene Auffassung sind, hier sind die zuerst Deutsche. Der Redner schloß mit der Mahnung, den Welt der alten Heimat in der neuen Heimat weiter zu verwalten. Die Mahnungen werden nachher aufgenommen. Im weiteren Verlauf des Abends wurden geschäftliche Fragen erledigt.

Das Spiel Dr. Fishers Musikalische Komödien

Theater-Verein Merseburg e. V.

Als wir im Vorjahre die gediegenen Leistungen des kleinen Künstlerensembles in Dr. Fishers musikalischen Komödien mit vergnüglichen Begehren genießen konnten, brachten wir den Wunsch zum Ausdruck, es möchte versucht werden, eine Wiederholung anzustreben zu bringen. Nun hat die Leitung des Theatervereins diesen Wunsch erfüllt. Die Künstler sind wieder in unsere Stadt gekommen und unterhalten gern die Mitglieder des Theatervereins auf die angeordnete Weise. Zunächst wurde „Das Dreieck“ ein Bild mit einem wunderbaren Spiel. Es handelt sich hier um einen tragikomischen Charakter frühgeborenen Gelehrten, der fähige Fertigkeiten und Vermittlungen zeitigt. Die Duetts waren Kompositionen von J. Haydn. Albert May und Claire Jache brachten einen vollen Erfolg und schufen die heitere Stimmung, die im nächsten Stück „Seine Schwestern“ der Roman in der Wärschauer, in der Claire Jache als Haushälterin einen Humor hervorbrachte, daß man Tränen lachte. Herr Otto Limroth, als Begleiter am Klavier zeigte sich als Meister des musikalischen Vortrages. Alles in allem, diese naturföhrlichen Entfalter, frei von jeder geschwollenen Problematik, sind so recht für das Verleben einiger froher Stunden geeignet.

Immerverband Geuna.

In den Jahrsrückblick gefährt.

Neu-Nöfen, 12. Jan. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich Sonntag abend kurz vor Schichtschluß in dem Ammoniakwerk Merseburg. Der Arbeiter Binselman aus Halle, der mit dem Verladen von Salzfäße beschäftigt war, stürzte in einen Jahrsrückblick ab und erlitt erhebliche Verletzungen. — Dieser Unfall war nur dadurch möglich, daß die vorhandenen Sicherheitsvorrichtungen am Jahrsrückblick ungenügend; außer Betrieb gesetzt worden waren.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Aus unserer Nachbarstadt Halle.

5100 Erwerbslose. Die Zahl der unterfertigten Erwerbslosen beträgt in Halle 3550, dazu kommen 1550 Nichtunterfertigungsberechtigten, also insgesamt 5100 Erwerbslose.

Neuer Zoo-Direktor. Zum Direktor des Zoologischen Gartens, als Nachfolger des verstorbenen Dr. Riesecke, ist der Assistent am Berliner Zoologischen Garten, Dr. Gaudern, berufen worden.

Veranstaltung der Jahreshauptversammlung des Junglandbundes der Bezirk Bergau. Trotz des strengen Regens hatten die Mitglieder den teilweise recht beschwerlichen Weg im Dunkel nicht scheut und waren aus den verschiedenen Orten herbeigekommen, um ihre Arbeit und ihre Beschlüsse zu verhandeln. Der Vorsitzende, Herr Dr. Schmidt, begrüßte die Teilnehmer, die Vorsitzenden, nebstgeleitet wurden die Leiter des 2. Vorsitzenden, des Schriftführers und des Kassierers. Nach reichlicher Leberlegung beschloß die Versammlung, den gegenwärtigen Mitgliederbeitrag von 20 Pf. im Monat nicht zu erhöhen, um allen jungen Leuten den Beitritt zu ermöglichen. Der Beitritt ist auch im neuen Jahre eine der Hauptbedingungen, auf größere Hilfe muß deshalb verzichtet werden. Im Winter sollen hauptsächlich belebende Vorträge und bildende Vorträge mit guten Darbietungen bei niedriger Eintrittsgebühr abgehalten werden. Sonnabend, den 16. Januar findet in Bergau im Gasthof Wintler ein Junglandbund-Abend statt, bestehend aus Konzert des Reichs-Orchesters, Vorträge, Gedichtvorträge und deutschem Tanz. — Nach dem geschäftlichen Teil hielt Herr Schmidt ein theol. und ein literarisches Vortrag über die Geschichte des deutschen Bauerntums: eine rege Aussprache schloß sich an.

Gehemmen. Die Einbruchsdiebstahl nehmen mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit in beängstigender Weise überhand. Hier wurden in einer Nacht nicht weniger als 7 Einbrüche ausgeführt, bei denen den Spitzbuben in der Hauptbeute Geld in die Hände gefallen ist, aber auch vor dem ärmlichen Hause haben sie nicht. Das geschah am Sonntag. Die Beamten der Gemeinde wurde die ganze Vertheilung geföhren.

Aus aller Welt.

Ein Zug von Räubern in Brand gesteckt.

London, 12. Jan. Nach einem Telegramm aus Mexiko überfiel eine Räuberbande die Mittagsruhe eines Postzuges und ermordete die drei sowie eine Anzahl der Passagiere. Die Räuber hatten darauf den Zug in Brand gesetzt und die Räuber die Lokomotive und entluden mit einer Beute von über 300000 Pfund. Mexikanische Truppen haben die Verfolgung der Räuber aufgenommen.

Wieder sind aus den Trümmern des von Banditen überfallenen Postzuges 300000 Pfund in die Hände der Banditen gekommen. Kein Wagen des in Brand gesteckten Zuges ist von den Flammen verschont geblieben. Die Banditen sollen das Verbrechen begangen haben, weil sie in dem Zuge kein General Perreira vermuteten. Die Lokomotive, die den Zug anführte, wurde ebenfalls in Brand gesetzt. Ein Teil des Schutzes des Zuges entfiel den Banditen.

Eisenbahnbanditen gefast und erschossen. Wie aus Mexiko gemeldet wird, haben die mexikanischen Bundesstrassen die Eisenbahnbanditen auf den Straßen waren, diese in einem längeren Feuerkampf gefast. Acht Banditen wurden nach ihrer Gefangennahme sofort erschossen. Die ganze Beute von 300000 Pfund ist gefastet worden.

Stadttheater Halle.

Mittwoch, 7.30 Uhr. Die verkaufte Frau. Komische Oper in drei Aufzügen von Friedrich Schiller. Sonntag, 7.30 Uhr. Die Verstellung in fünf Aufzügen von Herbert Gulenburg. Freitag, 7.30 Uhr. 18. Vorstellung für Freitag-Stammkarten. Die verkaufte Frau. Komische Oper in drei Aufzügen von Friedrich Schiller. Sonntag, 7.30 Uhr. Der Erlom. Operette in drei Akten von Bruno Granichsleben. Sonntag, 11 Uhr. 2. Musikalische Vorträge Albert Voring. Sonntag, 3 Uhr. Das gewandelte Trüffelchen. Märchenoper von Ernst Mühlte und Richard Strauß. Sonntag, 7.30 Uhr. Der Erlom. Operette in drei Akten von Bruno Granichsleben.

Verleger: Ludwig Wolf. Verantwortlich für den redaktionellen Teil einschl. der Bilderbelegungen: Karl Zund, Sport und Anzeigen: H. Pant. Druck und Verlag: Verlag Merseburger Druck- und Verlagsanstalt S. Wolf, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Weißer Zähne

erhalten Sie sich durch 2-maliges Bürsten mit dem herrlich erhellenden Zahnpulver Chlorodont. Das Zahnpulver Chlorodont wird auch mit Erfolg Chlorodont-Flüssigkeit verwendet.

Unser diesjähriger Großer Inventur-Ausverkauf

Zu besonders tief herabgesetzten Preisen kommen u. a. noch diese Woche zum Verkauf die Bestände in:

Damen-Mänteln — Kostümen u. Jacken — besonders Pelz-
mäntel — Kindermäntel — Herrenpelze — Ulster — Anzüge
Mäntel — Burschen- u. Knaben-Ulster — Pnjaks — Wollwaren
Unterzeuge — Handschuhe — Strümpfe
Orientbrücken herabgesetzt um 30 Prozent etc.


dauert bis
zum 16. d. Mts.

Otto Dobkowitz

Bekanntmachung.

Der Kürschnermeister Richard Brandt zu Schkeuditz beabsichtigt, auf seinem Grundstücke, Bahnhofstraße Nr. 40 hier, einen Erweiterungsbau seines Rauchwaren- und Lederwarengeschäftes auszuführen.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung bringen wir dieses Unternehmen mit dem Bewerben zur öffentlichen Kenntnis, daß etwaige Einwendungen binnen 14 Tagen bei uns schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzubringen sind. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr erhoben werden. Zeichnung und Beschreibung der Anlage liegen bei uns zur Einsicht aus. Zur mündlichen Erörterung der rechtlich erheblichen Einwendungen wird Termin auf

**Dienstag, den 2. Februar d. Js.,
vormittags 10 Uhr,**

im Rathaus hierseits, Zimmer 8, anberaumt. In diesem Termin wird auch im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen werden.

Schkeuditz, den 6. Januar 1926.
Die Polizeiverwaltung.

Sport-Sonderzug nach St. Andreasberg am 16. und 17. 1. 1926 mit Fahrpreisermäßigung.

Alles Nähere ist aus den in den nächsten Tagen erscheinenden Aushängen auf den Bahnhöfen zu ersehen. Fahrkarte voraus ab 13. 1. 26 bei den Fahrartenausgaben Halle, Ammendorf, Merseburg und Weuna.

Halle (S.), den 12. 1. 26.
Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft
Eisenbahn-Verkehrsamt.

Der Befleger einer Maß- und Suchtiantalt behauptet, daß mit



M. Brodmann's
Sich-Verdickten-Emission
"Diefjan".
die Muttertiere leichter
recken, die Ferkel rasch
gedehen und keine mehr
an Durchfall leiden".
"Diefjan" gewährt sichere
Schutz vor Knochen-
erkranken mehr!

Schutzmarke
melde, Krampf, Steifheit! Kein Ferkel- und Kälber-
sterben mehr!
Machen Sie sofort ein Veruch! Brotpaket kostenfrei
M. Brodmann Chem. Fabr. m. b. H., Leipzig: Fahr-
weg, auch alleiniger Hersteller des allbekanntesten,
gewürzten Futterkalkes "Zwerger-Mark".
Zu haben: In Merseburg bei: Rich. Kupper,
Drogerie, Markt 10; Karl Elmer, Rich. Fritz
Elmer, Almerien, Markt 22. In Zwickau
bei: Johannes Schulz, Goethe-Drogerie.

Sonder-Angebot in Maß-Anzügen

Beste Stoffe, gute Verarbeitung. — Preis Mk. 135.— 150.— 160.—

Fa. Ernst Ruffes.

Verlangen Sie nur noch

Holländerin Buttermilchseife



Seit 20 Jahren beliebt u. unerreicht
in Güte, Milde u. Wohlgeruch.
Überall zu haben. Preis pro Stück 35 Pfg.

Alleinige Hersteller:
GÜNTHER & HAUSSNER A-G
Seifen- und Parfümeriefabrik, Chemnitz
(Gegründet 1862)

Vertreter und Fabriklager
für Leipzig und Umgegend:
Walther Meyer,
Leipzig-Gö., Menckestr. 21. Tel. 51 568.

!! Rheumatismus-Leidende !!

Unübertrefflich in seiner
Wirkung für rheumatisches, Gicht, ischias, Rücken-
und Geschwulst. Ges. gesch. Nr. 307211. Preis
bei Voreinsendung M. 5.—, Nachnahme M. 5.50.
Import-Export-Haus, Oppau
bei Ludwigshafen a. Rhein.

Teichers Möbelhaus

Halle a. S., Gr. Steinstr. 82' (Kein Laden)
offertiert ganze Ausstattungen,
wie Einzeilmöbel preiswert
Beamte erhalten Zahlungsvereinfachung
zu Kassapreisen.

Elektrische Staubsauger Bügeleis in Qualität: Heizkissen und dergl.

liefern wir unseren Stromabnehmern gegen
bequeme Teilzahlungen.

Landkraftwerke

Näheres in unserer Verkaufsstelle:
Merseburg, Gotthardstr. 29.
Fernruf Nr. 221.

Gestrickte

Damen-Jacken

in Wolle und Kunstseide

Jumper — Blasen-schoner
Berchtesgadener - Jäckchen

empfiehlt in reicher Auswahl und
vielen modernen Farben preiswert

X. Schnee Nachf.

A. & F. Ebermann
Halle a. S., Gr. Steinstr. 34

Gut möbl. Zimmer

für einzelnen Herrn zu sofort gesucht. Angebote
an die Geschäftsstelle d. Bl. unt. G. S. 30 erheben.

Für leichte

Büroarbeit

Renten-Empfänger bew. nicht voll erwerbsfähiger
Angestellter (evtl. auch weibl.) gel. Schriftl. Angeb.
mit Lebenslauf unt. G. T. 30 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes.

Aus meinem

Inventur- Ausverkauf!

Fußballstiefel Marke "Viga" Größen bis 44
schwarz, grau, braun 11,90
Hockeystiefel 11,90
Rennschuhe Marke "Viga" Größen bis 44 9,90

Schuhhaus
w. Ehrentraut
Al. Ritterstr. 15, Gotthardstr. 28.

Unser Saison- Ausverkauf

die Gelegenheit
des preiswerten
guten Kaufens
dauert an!
Auf alle nicht
Nettowaren
10%
Rabatt!
A. Henckel
Spezial-Geschäft für
Woll- u. Wirkwaren

Saugstschweine

hat abzugeben
Karl Sturm,
Oberschönm.

Ein Paar große

Läufer-schweine

zu verkaufen
Rösch a. Nr. 22.
Dochting, junge
u. h
perant
Röhler, Biegeroda.

Familiennachrichten.

Bermählt: Wilhelm Hagemer u. Frau Martha geb. Baer, Weissenfels
Georgine-Gustav Engel, Weissenfels, 45 J.; Willi Ebel, Untereisa, 31 J.; Reichemirte Fr. Krause, Köthen, 63 J.; Bader-Isfr. Willi Schulz, Carlsdorf, 47 J.

Keundstück

in Merseburg zu verkaufen 500 Mk Anzahlung, 2 Zimmer und Werkstatt o. Tisch frei.
Wesiger
Leipzig-Erbertstr. 3.
Ein ordentliches
Hausmädchen
sucht zum 1. Februar 1926
Konstantin Trömel,
Baruth/Sp.

Ein ordentliches

Hausmädchen

sucht zum 1. Februar 1926
Konstantin Trömel,
Baruth/Sp.

Ein ordentliches

Hausmädchen

sucht sofort
Hugo Alenborg,
Zerbst/Anh.

Enteignung der Fürstendhäuser? - Schutz dem Eigentum!

Anmerkungen zu dem Antrag Koch und Gen. Von Dr. Friedrich Eberling, M. d. N. (Fortsetzung):

Koch mehr: Artikel 153 der Weimarer Verfassung stellt fest: Das Eigentum wird von der Verfassung geschützt. Das ist der Grundlag, dessen Aufhebung durch Zweifelsfreiheit nicht aufgehoben werden kann, weil das keine Veränderung der Weimarer Verfassung, sondern eine Veränderung der Grundlagen des Staatswesens ist, also ein neuer Umsturz, Art. 153 Abs. 2 fügt hinzu: Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzliche Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Rechtszweck etwas anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfalle der Rechtsweg bei den öffentlichen Gerichten offen zu halten, soweit Rechtszweck nichts anderes bestimmen.

Von den vier Voraussetzungen der Enteignung können zwei durch ein Rechtszweck beseitigt werden: die Angemessenheit der Entschädigung und die Zulässigkeit des Rechtsweges. Zwei andere sind unabänderlich, das Wohl der Allgemeinheit und die gesetzliche Grundlage. Drei von den vier Voraussetzungen will der Entwurf des Herrn Koch erledigen: die Angemessenheit der Entschädigung soll insbesondere durch die Paragraphen 3, 4 und 5 beseitigt werden. Der Rechtsweg wird in den Paragraphen 1 und 2 ausgeschlossen. Die „gesetzliche Grundlage“ soll das Gesetz durch sein Entstehen schaffen: sie ist insofern nichts anderes als ein ad hoc erbautes Schafot, auf dem ein Grundrecht gemächlich zu Tode gebracht werden soll. Scheitern muß der Entwurf an der Bestimmung, daß die Enteignung nur zum „Wohle der Allgemeinheit“ vorgenommen werden kann.

Diese Bestimmung, die nicht beseitigt werden kann, wenn man nicht die Privatentgeltungsmittel beseitigen will, bedeutet, wie übereinstimmend die Kommentare zur Weimarer Verfassung, alle bisherigen Enteignungsgesetze und die ganze von der Enteignung handelnde Literatur beweisen, daß es sich um ein öffentliches Interesse handeln muß. Nach dem Preussischen Enteignungsgesetz von 1874 §. 3. kann „Grundentgeltung nur aus Gründen des öffentlichen Wohles für ein Unternehmen, dessen Ausführung die Ausübung des Enteignungsrechts fordert, gegen vollständige Entschädigung entzogen oder beschränkt werden.“

Nach dem Sächsischen Enteignungsgesetz von 1902 ist die Enteignung zulässig, wenn sie für ein dem öffentlichen Nutzen dienendes Unternehmen notwendig ist. In jedem Fall wurde ein „öffentliches Interesse“, das „öffentliche Wohl“, ein „öffentlicher Nutzen“, das „Wohl der Allgemeinheit“ gefordert. Wo liegt das Wohl der Allgemeinheit, wenn man §. 3. fürstliche Parks, die auch dem Publikum zugänglich waren, aus Privatbesitz in Staatsbesitz überführt? Inwiefern wird dem Wohl der Allgemeinheit gedient, wenn §. 3. ein Hoftheater zum Staatstheater wird und die Herren Seelig und Stehender eine Künstler wie v. Schilling entfernen? Es läßt sich beweisen, daß vielerorts die Steuern von fürstlichen Privatentgeltung mehr erbracht hätten, als (insbesondere unter nationalsozialistischer Verwaltung) die eigene Nutzung den Staaten brachte, v. Gierke hat hervorgehoben, daß schon eine Enteignung für finanzielle Zwecke „schlechthin nicht möglich sei; es müsse „ein öffentliches Interesse“ vorliegen. Bei dem Gesetz des Herrn Koch aber handelt es sich nicht einmal um staatliche Zwecke, sondern um Parteizwecke, nicht um das „Wohl der Allgemeinheit“, sondern um einen inneren Frieden

gefährdende Agitation, die aus Not und Reid eine bestimmte politische Einstellung der Massen schaffen will.

Die zitierten Gesetze zeigen schon und die gesamte Wissenschaft stimmt ihnen bei, daß die Enteignung einem bestimmten Zweck dienen muß. Sie begann historisch auf dem Gebiete des Verkehrs, erfolgte alsdann zu Landstraßen und Straßenbauten, erweiterte sich bei Anlage von Landstraßen und Eisenbahnen und hat, wenn man so will, jetzt den Raum ergriffen. Aber alles nur zu bestimmten Zwecken, zu einem bestimmten „Unternehmen“, wie die Gesetze sagen. Wo liegt der „konkrete Einzelzweck“, wo das „bestimmte öffentliche Unternehmen“, wenn, das fürstliche Vermögen einfach deshalb enteignet wird, weil es fürstlich ist? Es gehört weiter zum Wesen der Enteignung, daß der enteignende Staat bei Durchführung des öffentlichen Unternehmens der Straßenanlage, Bahnanlage usw. grundsätzlich keine Unterschiede zwischen den Enteigneten (den Anliegern, Grundbesitzern) zu machen hat; ihre Person spielt an sich keine Rolle. Der Zweck muß jedoch die Enteigneten nur generell bestimmen sein. In jedem Entwurf aber ist es gerade umgekehrt. Der Zweck wird generell bestimmt, aber vielmehr gar nicht bestimmt, die Enteigneten werden speziell angegeben und gerade in ihrer Eigenschaft als Fürsten, nicht in dem Zweck der Enteignung, will man die Begründung finden.

Wenn der Staat nur zu seiner Bereicherung enteignet, wenn Parteien nur zum Zweck der Agitation die Enteignung anstreben, verstoßen sie gegen die Rechtsordnung des Privatentgeltens und zerbrechen sie den Schutz, den die Grundrechte der Weimarer Verfassung ihm gewährt. Das Gesetz des Herrn Koch ist danach verfassungswidrig, auch dann, wenn es die verfassungsändernde Mehrheit finden sollte. Es ist formenmäßig, obwohl es von Demokraten eingebracht ist.

Der Titel des Entwurfs nennt ebensowenig wie die bei der Auseinanderlegung beteiligte andere Partei den Zweck der Auseinanderlegung, die Enteignung. Daß eine Enteignung gemeint ist, beweist Paragraph 2.

Wird durch ein Landesgesetz eine Enteignung ausgesprochen, so kann die Entschädigung ebenfalls durch Landesgesetz unter Ausschluss des Rechtsweges festgelegt werden.

Durch diesen Paragraph 2 sollen die erwähnten Einschränkungen der Enteignung beseitigt werden, die nach Artikel 153 durch Gesetz beseitigt werden können: die Angemessenheit der Entschädigung durch die Offenhaltung des Rechtsweges. Dabei wird aber schon der Begriff „Entschädigung“ missbraucht. Denn die „Entschädigung“ besteht in solchen Fällen in einem Wertersatz des Enteigneten. Wenn man dem fürstlichen Hause §. 3. von zehn Domänen eine besetzt, so ist das keine Entschädigung, sondern eine Ausnahme von der Schädigung, keine Gegenleistung, sondern eine Lüge in der Enteignung. Und wenn man ihm den Grundbesitz nimmt und dafür einen Geldbetrag gewährt, so wird auch der noch meist von seinem eigenen Kapital genommen, das im übrigen gleichfalls enteignet ist.

In diesem Paragraph 2 ist bei der „Entschädigung“ nicht einmal von der Höhe der Entschädigung die Rede, wie in Paragraph 315 des Bürgerlichen Gesetzbuches vorgesehen wird, falls eine Leistung durch einen der Vertragsschließenden bestimmt wird. Dort ist im Fall der unbilligen Befreiung der Rechtsweg wiederum offen. Hier aber entscheidet das Landesgesetz, und

zwar über Leistung und Gegenleistung, richtiger: über Entgelt und Befreiung, ohne Schranken der Billigkeit, ganz nach Willkür.

Paragraph 2 wird noch überboten durch Paragraph 3: Sowie bereits erlassene Landesgesetze eine Enteignung ausprechen, wird die Enteignung mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wirksam. Die Entschädigung kann auch in diesen Fällen durch Landesgesetz unter Ausschluss des Rechtsweges festgelegt werden. Hiernach werden Enteignungen rückwirkend wirksam gemacht. Eine Nachprüfung wird nicht gefordert, wenn das Ziel, die Enteignung, schon erreicht war. Bei Festlegung der Entschädigung wird der Rechtsweg ausgeschlossen; aber noch mehr: im Falle Coburg §. 3. wird eine rechtlich zulässige Entschädigung des Reichsgesetzes ausgeschlossen. Die Rechtszwecke sind rückwirkend räumlich. Als 1919 das Sächsisch-Gothaische Domänen enteignet wurde, stellte der Reichsminister fest: „Das gothaische Gesetz steht im Widerspruch zu der Rechtsüberlegung... Selbst wenn jenes Gesetz formell gültig sein sollte, entspräche es nicht dem allgemeinen Rechtsempfinden...“ Der Verstoß war unterzeichnet: Koch. Der Entwurf der solche Enteignungen rückwirkend wirksam macht, trägt den Namen: Koch. Herr Koch wäre betinahe Reichsminister geworden. Das Reichsministerium hat sich inzwischen nicht geändert, aber es ist auch derselbe Herr Koch, der sich heute zum Standpunkt der Arbeiter- und Soldatenräte bekehrt hat.

Schluss folgt.

Nach Schillings - Bode.

Der demokratische preussische Kultusminister, Herr Beder, scheint ein besonderes Talent in der Behandlung von hervorragenden, um die öffentliche Aufmerksamkeit verdienstvoller Männer zu erweisen. Raum ist die Schilling-Affäre mit Würde und Klarheit, wozu Herr Beder einen bedeutenden Beitrag ansetzen mußte, so wird die Öffentlichkeit schon von einem neuen Konflikt, unterrichtet, der, wenn nicht alles täuscht, ein alter Konflikt ist, was jetzt durch einen Brief Ergenzens von Bode offen in Erscheinung tritt. Esen noch ist der schädliche Charakter des verdienten Kunsthistorikers vom ganzen öffentlichen Berlin gefeiert worden und Herr Beder hatte Herrn v. Bode als besondere Ehrung angeboten, ein Bild des großen Gelehrten in einem der Berliner Museen aufstellen zu lassen. Herr v. Bode lehnte diese Anfragen ab und begründete seine Ablehnung mit der Tatsache, daß er aus der Kommission, die über die bauliche Ausgestaltung der neuen Museen Berlins - also seinen eigenen Meister - zu entscheiden hat, auf amtlichem Wege entfernt worden ist und jetzt lediglich noch die Stellung eines Honorarprofessors der Museen bekleidet.

Dieser Schritt des Kultusministeriums einen unmöglichen und untragbaren Zustand hervorgerufen hat, geben selbst demokratische Blätter nach dem üblichen Loblied auf die Verdienste des Herrn Beder zu. Es ist auch zuzugablen, daß Ergenzens v. Bode eine edle und verantwortliche Persönlichkeit ist, die keinen Wert darauf legt, Ministerien mit trummern Häuten zu überdecken, die mit der diplomatischen Tugend der Blüdigkeit gesättigt ist.

Es sind wohl weniger sachliche Meinungsverschiedenheiten über den weiteren Ausbau der Berliner Museen, die den preussischen Kultusminister - oder in ihm umgebenden Herren veranlaßt haben in solcher Weise mit einer der hervorragenden Persönlichkeiten im deutschen Kulturleben herumschlingeln, als eben die sehr demokratische Individualität gegenüber der begründeten Meinung anderer, zumal dieser andere nach der im Kultusministerium offenbar berechtigten Ansicht „Untergebener“ ist und einfach zu dazutreten hat, wenn auch sonst in der Welt kein Urteil als noch so kompetent gilt. Vielleicht hält man auch in diesem Falle eine „kritische Entlassung“ für angebracht.

Berfiegelte Lippen.

101 Roman von A. M. Allen.

Wiemanns Gettings-Verlag, Berlin W. 66. 1924. Sie überlas nachdenklich den Brief noch einmal. Wie hatte sie ihrem Sohn gegenüber an das gerührt, was ihr doch so sehr am Herzen lag. Er sollte sich ihr gegenüber seine volle Unabgängerheit behalten. Auch jetzt konnte er aus dem Briefe herauslesen, was er wollte, fand sie. Und befriedigt lavierte sie ihn. Acht Tage später standen die alten Herrschaften mit dem jungen Mädchen auf dem kleinen Veron des einsamen Wohnhofes der nächsten Haltestelle. Marie-Luise im einfachen Meißelrod war ein wenig erregt. Der erste Anflug in die Welt, ins Leben! Und es fiel ihr schwer auf die Seele, daß sie den Papa allein zurückließ. Es war drohlich, wie sie ihm immer wieder gute Wünsche gab, ihm einäscherte, sich zu schonen, und auf sich zu achten. Auf ein Haar hätte sie sogar die Absicht des Auges veräußert, weil sie im letzten Augenblick noch einmal herausprägen, um den Papa und die Tante ein letztes Mal zu küssen. Ihr Tuch wehte, bis der Zug im nahen Walde verschwand.

Gedankenvoll schauten die beiden Eltern ihm nach. Dann gab sich der Major einen Auf. „Na, in sechs Wochen ist sie wieder da.“ Die Frau Wackerin seufzte ein wenig. Ob dieselbe Marie-Luise wieder zurückkam? Wer konnte es wissen?

Das junge Mädchen hatte ihren Abschiedsbesuch abzuenden. Interessiert spähte sie aus dem Fenster. Wie sonderbar war es, so allein in die Welt hinaus zu fahren ganz unbekannt Menschen, einem unbekanntem Ziel entgegen. Sehr deutlich erinnerte sie sich nur der Tante Eleonore. Ein strenges Gesicht schwebte ihr vor, mit glattem Schteitel, auf dem eine Schirmhaube lag. Die Tante Eleonore wohl sehr ernst und streng war. Sie ging nie nicht zu ihr in Abhängigkeit und Dienstbarkeit. Schredlich mußte das sein, wenn man so etwas mußte! Marie-Luise hatte ein hartes

Freiheits- und Persönlichkeitsbedürfnis. Sie duden müssen, den Lamen eines fremden Menschen sich beugen, wäre ihr unerträglich gewesen.

Der Papa hatte ja auch Launen, gewiß, zuweilen sogar recht schwer ertragbare, aber das war eben der Papa. Und wenn er's zu arg machte, dann mußte sie auch einmal auf, und er sah es dann wohl ein, bitter mußte das sein! Jeden Wochens ließ sich ja schließlich auf alle Fälle ausfahren, zumal in Berlin. Sie konnte sich keine rechte Vorstellung davon machen. Erdentlich schrecklich kam sie sich vor.

Das gab es gewiß nicht oft, daß ein Mädchen von neunzehn Jahren kaum wußte, wie es in einer Stadt aussieht, von einer Weltstadt gar nicht zu reden.

Zu Hause war es ein Ereignis, wenn einmal der Orgelmann kam, oder Jägerner durchzog, oder Wackerin. Was sie von Leben draußen wußte, hatte sie aus den Erzählungen von Klaus, und den sehr sparsamen ihres Papas, wie aus den paar zehner Büchern, die den Weg zu ihr gefunden hatten.

Und sie stellte sich die Weltstadt als etwas ganz Unerhörtes vor, etwa so, wie ein einziges, riesengroßes Karussell von der Sorte, wie sie zur Kirchweih im Dorf aufgeschlagen wurden mit roten und blauen Tüchern behängt, mit vielen, vielen Lampen grell erleuchtet und rings im Kreise schlingend und mit Lärm und Musik. Warum nur ihr Papa nie mit ihr reiste, ihr die Welt nicht zeigte? Marie-Luise kannte ihre bescheidenen Vermögensverhältnisse ganz genau, aber an einer Meile hätte es doch einmal gelangt. Sie spähte hinaus. Die Gegend, welche der Zug durchbrachte, war reizlos, kahles Hügelland, von mageren Wäldchen durchzogen, öde Felder, arme Dörfer.

Es war ein früher Tag, schwere Wolken jagten windgepeitert niedrig am Himmel daher, zuweilen schlug ein Regenstauer an die Scheiben.

Ob Klaus sich wohl freuen würde? Auf ihren Brief hatte er ihr freilich nur eine kurze Karte geschrieben, die nicht sehr vielversprechend lautete. Sie gab sie hervor und las sie noch einmal aufmerksam. Werkschuldig. Ob er sich nicht so sehr freute, wie

sie? Freilich, er schrieb ja, daß er durchaus viel zu tun habe, sogar zu Hause noch arbeiten müsse. Aber er werde sehen, sich frei zu machen. Sehr freudlich, sehr erfreut las sie die Karte gar nicht. Jetzt, da sie nie in Ruhe studierte, fiel das Marie-Luise besonders auf. Ihr glühendes Gesichtchen wurde ernst, sogar ein Tränen rollte langsam über ihre Wangen. Das war häßlich von Klaus. Ein Gedanke kam ihr. Ob er wohl fürchtete, sie würde nicht nach Berlin? In die Großstadt hinein? Was, das war garstig von ihm. Aber sie verstand die Idee schnell wieder. Wie konnte sie nur so etwas von ihm glauben? Nein, er war sicherlich nur traurig, daß er sie nicht oft würde sehen können.

Nicht einmal am Bahnhof konnte er, wenn sie kam. Gerade an dem Tage war etwas besonders Wichtiges auf dem Bureau zu erledigen. Marie-Luise seufzte. Das dumme Bureau. Dann gingen ihre Gedanken wieder nach Hause. Wie einsam würde es Papa jetzt sein. Es war die Kaffeestunde, die Zeit, wo er sich's gern gemütlich machte, plauderte und seine Pfeife rauchte. Heute ging er zu Tante Ewald. Gut, daß diese Frau ihn sorgte, sonst hätte Marie-Luise diese Meile nicht einmal mit gutem Gewissen machen können.

Aber das Fahren machte müde, das enige Kattata, das enige Müllern und Stöhnen. Sie lehnte den Kopf in ein Kissen und schloß die Augen, und da war sie auch schon eingeschlafen und süß schlafend dem neuen Leben entgegen.

Pöblich hob sie erschrocken den Kopf in die Höhe. Ob sie wohl lange geschlafen hatte? Es war sehr warm im Abteil, sie spürte, daß sie heiße Wangen hatte. Verwirrt spähte sie hinaus. Da begegneten ihr jetzt nicht aneinandergedrängte Häuser an ihr, sondern ganz niedrige, einfache, daneben himmelhohe, wie Marie-Luise sie noch nie gesehen hatte, riesige Fabrikgebäude lagen in der Ebene zerstreut, umgeben von ganzen Kolonien gleichmäßiger Wohnhäuser. Und nun wieder Häuser und Straßen, Häuser mit vielen Fensterebenen, daß es Marie-Luise ganz schwindlig wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Der Sozialer ereignete sich am 17. November. Der Abgeordnete ...

Die ohne Frage vorliegende Notwehr wird von abgelaufenen ...

Was willst du werden?

Die Entscheidungsfrage bei der Schulentscheidung ...

Es sind nur noch wenige Wochen bis zum Tage der Schulentscheidung ...

Über die Weisheit anderer Kinder entscheiden sich doch erst ...

Die Schwierigkeiten der Gegenwart sind besonders groß ...

Wir beschränken uns also darauf, allgemeine Richtlinien zu geben ...

Wenn die Frage aufgeworfen wird, nach welcher Seite hin sich ein Junge oder Mädchen beruflich ausbilden lassen soll ...

Nach schwieriger ist die Frage der Berufswahl bei den Mädchen zu lösen ...

Bevor eine endgültige Wahl getroffen wird, empfiehlt es sich ...

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Aus unserer Nachbarkreis Halle

Wichtige Mitg. Der Verein der Landwirte und Wäldereien ...

Kampfschiff Jagdergebnis. Die letzte diesjährige Treibjagd ...

Mädchen. Stenographenverein Gabelberger. Im Schluß des ...

Wägen. Ein Wägen in der Fremdenlegation. Unter den ...

Aus dem Reise.

Aus der Reichshauptstadt.

Ein Frauenpieltab aufgehoben. Nachdem der Berliner Spielbezirksrat ...

Bei einem Großfeuer vernichtet. Schöneberg. Selbstmord ...

Tödliches Unglück bei einer Vereinsfeierausführung. Dimold. 11. Jan. ...

Verhaftung eines polnischen Schwerverbrechers. Oberburg (Altmark). 11. Jan. ...

Notruf. 11. Jan. Am Sonnabend wurde hier eine vierzehnjährige Schülerin ...

Keine Feinschneiderei in Württemberg.

Stuttgart. 11. Jan. Nach einer Verordnung des Ministeriums ...

Von Schmiedeburg. Darter Schiffschlag. Wie das Schiff ...

Meinamondorf. Einen harten Schädel scheint der Junge ...

Aus aller Welt.

Verdächtige Lage der bei Kronstadt eingekerkerten deutschen Dampfer.

Reval. 11. Januar. Von den bei Kronstadt im Eise festgetrockneten ...

Wirbelstürme auf Tahiti.

Paris. 11. Januar. Am 2. und 3. Januar ist auf den Inseln ...

Große Sturmfluten in Nordfrankreich.

Paris. 11. Januar. In der Stadt Beronne hat heute Vormittag ...

Schneeplüme in Amerika.

New York. 11. Januar. In den Distrikten von Nordamerika ...

Ueberrumpfungskatastrophen in Mexiko.

Mexiko (Gith). 11. Jan. Das Land ist von einer ...

Ueberrumpfungskatastrophen in Mexiko. Mehrere Städte ...

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball.

D. S. Germania. Das Spiel der 1. Mannschaft mußte ausfallen ...

Zusammenkunft der Bundesrats-Vorstände.

Der Spielausschuß des Deutschen Fußball-Bundes hat nunmehr ...

Fußball-Wanderlehrer.

Der Deutsche Fußball-Bund hat eine Anzahl von aktiven Spielern ...

Gründungspläne und Arme-Patrouillenlauf am den Hamburger Botal am 16. und 17. Januar 1926 in St. Andreasberg.

Zu den Läufen sind insgesamt fast 300 Rennungen erfolgt ...

Wasserport.

Neue Weltretorde.

In Chicago sind die beiden Weltretordschwimmer Arne Borg ...

Handel und Verkefe.

Die Entwicklung der preussischen Sparkassen.

Nach der letzten Einlagestatistik des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes ...

Berliner Börse vom 11. Januar.

Die neue Woche brachte an der Börse eine Fortsetzung der großen ...

Die trübfelige Luftstimmung der Kurse überdauert sich auch ...

